

Sorauer Tageblatt

Leges. Tagesblatt Sorauer Niederlausitz
Wolffsch. - Konto:
Nr. 264 Berlin N.W. 7

(Sorauer Wochenblatt)
Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B. Fernsprecher Nummer 22 und 37.
Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Halbau.
Giro-Konto
bei der Reichsbank

Ordnungswelle (freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. —
Bezugspreis: Das „Sorauer Tageblatt“ kostet bei Abholung in unseren Vertriebs-
stellen in Stadt und Land monatlich 2.— RM., bei der Post abgeholt monatlich 2.20
RM. durch den Briefträger ins Haus gebracht 36 RM., mehr, im Wochenbezug
in unserer Vertriebsstelle 60 RM. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung,
Arbeits einstellen oder Auslieferung hat der Bezahler seinen Anspruch auf Vorkauf
oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigen: Die sechspaltige Kolonelle im Anzeigenteil je Millimeterhöhe 8 Reichs-
pfennig. Im Restenteil die sechspaltige Kolonelle je Millimeterhöhe 5 Reichs-
pfennig für Anzeigen durch Fernsprecher aufgegeben 10%, aber nicht mehr als 60 Reichs-
pfennig, für Anzeigen mit schwerem Satz 25% und für Anzeigen, bei denen mehrere
Firmen gemeinsam inserieren, 100% Vorzahlung. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei
telefonischer Aufnahme von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach letztem
Tarif. Bei Zahlungsverzögerung und bei Konturten erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 285

Dienstag, den 4. Dezember 1928.

118. Jahrgang

Bilanz.

Der Kampf ist beendet, die Eisen-
industrie hat ihre Tore wieder
geöffnet, langsam können die Maschinen an-
laufen, aber mindestens eine Woche wird noch
vergehen, bis auch der letzte Arbeiter wieder
seinen alten Platz innehat, und damit die
äusseren Zeichen des schweren Ringens ver-
schwunden sind. Bis die Wunden selbst heilen,
wird sehr viel länger dauern. Denn die
Kriegsschäden sind doch sehr hoch gewesen, und
sie müssen erst einmal abbezahlt werden.
Genauere Schätzungen sind sehr schwierig, aber
Schätzungen lassen sich doch beschaffen.
Die Gesamtsummen bei der Eisenindustrie
sind auf fast ein Drittel Millionen be-
rechnet, ein Monat bedeutet also einen Aus-
fall von fünfzig Millionen Mark.
Daher ist vielleicht die Hälfte durch staat-
liche und gewerkschaftliche Unterstü-
tzungen auszufüllen, jedoch ist ein Reinsaus-
fall von mindestens fünfundsiebzig
Millionen Mark haben. Sehr viel schwerer
ist es natürlich den Unternehmern, den Schä-
den nachzurechnen. Sie haben die Bücher ge-
sperrt, aber die sogenannten „fixen Kosten“,
die Verzinsung des Kapitals, müssen
doch weiter aufgebracht werden, ebenso wie
die Unkosten der Organisation, der kaufmänni-
schen Angestellten und der Verkaufsvertre-
tungen. Die Arbeiter behaupten zwar, daß
die Unternehmer dafür ihre Lager geräumt
hätten, also ihre Verschuldung verringern konn-
ten und daß sie auch sehr große Summen „se-
parat“ hätten, weil sie die Prämie für die
Überführung des Kontingents an das Eisen-
kartell nicht zu zahlen hätten. Aber selbst
wenn man all diese Entlastungsmomente
sehr hoch einschätzt, bleibt auf der Unternehmerr-
seite ein gewaltiger Ausfall, der im
nächsten Jahr wieder verdient werden muß.
Die Beiträger werden freilich in erster Linie
die Sünder des Mittelstandes, die
Handwerker und Gewerbetreibenden,
die auf die laufende Arbeiterschaft ange-
wiesen sind. Von ihnen ist nicht merkwürdiger-
weise niemand, obwohl vermutlich ihr Verlust
gerade weil er ihnen das Weihnachtsgeld
verbirgt, mindestens so hoch ist, wie der
Arbeiter und schwer zu ersetzen ist. Eine Not-
standsaktion um hier zu helfen, hätte schon
ihre innere Berechtigung!

Die Schäden für die Volkswirt-
schaft, wie sie sich in einer Verkümmern un-
serer Exportmöglichkeiten auswirken, werden
sich wohl erst in den kommenden Monaten
übersehen lassen. Aber auch ohne dies ist
die Bilanz unerschrocken genug. Und da
dort wo zu Beginn des Kampfes erneut die
Frage gestellt werden, ob es denn so weit
kommen würde. Wir können darauf wieder
nur mit einem Nein antworten.
Niemand wird ernsthaft glauben wollen, daß
die Unternehmer leichtfertig nur aus Macht-
hung oder, um der Staatsautorität einen
Stoß zu versetzen, die Auslieferung vorgenom-
men hätten, ganz waren doch die Werte,
die für sie auf dem Spiel standen, viel zu
hoch. So leichtfertig geht man mit Millionen
nicht. Und wenn sie konnten nicht wissen, wie
lange die Stilllegung andauert, sie mußten in
ihre Rechnung hineinfakturieren, daß Monate
darüber vergehen konnten und daß sie in-
zwischen rektungslos aus dem internationalen
Geschäft verdrängt waren. Ohne zwingende
Gründe haben sie sich also zu dem folgen-
schweren Schritt nicht entschlossen. Tatsäch-
lich die Auslieferung gerade in diesem Augen-
blick gewiß ein Fehler, der ihnen auch vom
Rechtswirtschaftsminister verurteilt worden ist,
weil ihre Haltung den Arbeitnehmern eine
willkommene Angriffsfläche bot. Aber es gibt
Argente, wo die Tat nicht entscheidend
sein kann, und in eine solche Zwangslage
laubten die Unternehmer sich verlegt.
Trotzdem ist die wichtigste Forderung, die
aus den letzten Wochen zu ziehen ist, daß
man sich nicht an die Reform des gan-
zen Schlichtungsorgans anheften, sondern
damit der Schlichter nicht zwischen Angebot
und Forderung rein schematisch die
Mitte zieht und im Übrigen der Staat
entscheidet, sondern die Verantwortung für
die Gestaltung des Tarifs wieder allein auf
die Schultern der beiden Parteien geladen
wird, während der Staat sich auf ein Aufsicht-
recht und die Wahrung der öffentlichen Inter-
essen zurückzieht. Daß die Schlichtungsordnung
nach diesen Erfahrungen unhaltbar gewor-
den ist, darüber kann eigentlich kein Streit
mehr bestehen. Die Hoffnungen, die auf sie
gestützt wurden, haben sich nicht erfüllt. Sie
sollten ein Mittel sein, um Lohnkämpfe zu ver-
meiden und die beiden Parteien einander
näher zu bringen, damit sie sich leichter
finden und gerade zum Behen der Gesamt-
wirtschaft ein acceutliches Lotztreifen unmo-

Paris Gik des Sachverständigen-Ausschusses.

Chamberlains Kapitulation vor Poincaré im englischen Unterhause. — Freitag reist die deutsche Delegation zur Ratstagung nach Lugano.

Paris, 4. Dez. (Radiobienst des „S. T.“)
„Gaus“ berichtet, es sei jetzt sicher, daß die
Reparations-sachverständigenkommission in Pa-
ris tagen und daß jede der in ihr vertretenen
sieben Mächte einschlüssig der Vereinigten
Staaten je zwei Sachverständige ernennen
werde.

Die Frage der Rheinlandräumung im Unterhause.

London, 3. Dez. Im Unterhause wurde
an Chamberlain die Frage gerichtet, ob die Re-
gierung der Ansicht sei, daß die deutsche Re-
gierung die Bestimmungen des Artikels 431 des
Verfallers Vertrages durchgeführt habe, und
wenn dies nicht der Fall sei, ob Einzelheiten
darüber mitgeteilt werden könnten, in welchen
Punkten es sie nicht erfüllt habe. Chamberlain
antwortete, die Frage sei unter zwei Gesicht-
spunkten zu betrachten. Das vorliegende An-
frage beziehe sich auf die Interpretation des
Vertrages und behandle die juristische Seite
des Problems. Es gebe ebenso eine politische
Seite der Frage. Was die Rechtssache be-
triffe, so sei die britische Regierung dahin be-
raten worden, daß noch kein rechtsverbindlicher
Nachweis für die Beauftragung geführt worden
sei, Deutschland habe alle vertragsmäßigen
Verpflichtungen in der Weise erfüllt, daß es
auf Grund des Artikels 431 oder sonstige als
Recht beanspruchen könnte, die Zurückziehung
der aus Rheinland zur Zeit besetzt gehaltenen
Truppen vor dem Ablauf der in dem Vertrage
festgelegten Frist zu fordern.

Chamberlain fuhr fort:

Die hauptsächlichste Verpflich-
tung, die Deutschland noch nicht
erfüllt hat, ist die der
Reparationen.

Nach Auffassung der Regierung kann das in
Artikel 431 des Verfallers Vertrags vorgesehene
Zugehörigkeitsprinzip nur dann wirksam wer-
den, wenn Deutschland die Ge-
samtheit seiner Reparationsver-
pflichtungen erledigt und abge-
tragen hat. Es ist nicht hinrei-
chend, wenn Deutschland den Ver-
pflichtungen, die es hinsichtlich
der laufenden Reparationszah-
lungen übernommen hat, regel-
mäßig Genüge leistet. Der Satz
des Vertragstextes, der sich auf die pünktliche Er-
füllung der laufenden Verpflichtungen bezieht,
ist der Satz, der als Einleitung jenes Artikels
des Friedensvertrages dient, in dem die in Zeit-
räumen von fünf Jahren vorzunehmende Ver-
ringering der Belastungszone vorgesehene ist,
d. h. des Artikels 429; in diesem Artikel heißt
es, „wenn die Bedingungen des vorliegenden
Vertrages getreulich beachtet werden.“ So viel
über die juristische Seite der Frage.

Es ist gemacht wird. Das Mittel hat versagt,
also muß es geändert werden. Vielleicht
bietet das Urteil des Reichsarbeitsgerichts, das
erst in einigen Wochen zu erwarten ist, gerade
diese Frage in der inneren Politik des
Winters eine große Rolle spielen.
Die Verhandlungen über die Befestigung
der Regierungssituation sind verlegt auf-
gewiesen, sie können jetzt theoretisch wieder auf-
genommen werden. Aber ebenso wie beim
Streit um den Panzerkreuzer ist
auch hier mangelnde Zustimmung
übrig geblieben, die eine Zusammenkunft zwi-
schen den Parteien nicht gerade erleichtert.
Es wird von den Sozialdemokraten abhängen,
wie schnell die Auftragsarbeiten beginnen
können, denn das Ziel für alle ist doch der
Wirtschaftsfriede und, von ihm be-
dingt, die Möglichkeit einer Exportsteige-
rung. Wenn sich, wie nachgewiesen, die Mit-
tel, die dazu zur Verfügung stehen, durch die
Krisis als falsch herausgestellt haben, dann
gibt es den, gemeinsam andere bessere Mittel
zu finden. x x

Die politische Seite der Frage

ist von gleicher Wichtigkeit, obwohl hier ganz
andere Überlegungen für die Entscheidung
maßgebend sind. Ich möchte wiederholen, daß
die britische Regierung es begrüssen würde,
wenn das Rheinland von den französischen,
britischen und belgischen Truppen bald ge-
räumt werden würde ohne Rücksicht auf das
den ehemals alliierten Regierungen zustehende
Recht, die Besetzung bis zum Ablauf der im
Vertrage festgelegten Frist weiterbestehen zu
lassen.

Wenn er sich fragte darauf hinsichtlich der
juristischen Seite der Frage, ob die Ausführun-
gen Chamberlains so aufzufassen seien, als be-
trachte die britische Regierung nunmehr die
Frage der Reparationen und der Besetzung als
miteinander in zwangsläufiger Verbindung
stehend.

Chamberlain antwortete, er habe eine reif-
lich überlegte Antwort gegeben, worin er auf
die ihm gestellte Frage in vollem Umfang ein-
gegangen sei, ja er sei in seiner Antwort noch
über den Inhalt der Anfrage hinausgegangen,
weil er es für nötig gehalten habe, zwischen
dem rein juristischen Problem und dem Pro-
blem zu unterscheiden, welche Politik die Re-
gierung zu verfolgen wünsche. Er beschichtigte
nicht, seiner Antwort irgend etwas hinzuzu-
fügen.

Wenn er sich stelle dann die Anfrage, ob
sich der Staatssekretär des Auswärtigen be-

wusst sei, daß am 8. November Schatzkanzler
Churchill eine ganz andere Darstellung der von
der Regierung hinsichtlich der Angelegenheit
gelegten Anschauungen gegeben habe.

Chamberlain antwortete: Churchill hat
eine andere Seite der Angelegenheit behandelt.
Ich bin nicht der Ansicht, daß ein Widerspruch
zwischen seinen Ansichten und der wohlüberleg-
ten Anschauung besteht, die ich eben dargelegt
habe, obwohl dies zeigt, welche Schwierigkeiten
es hat, sich mit solchen Dingen in der Antwort
auf eine ergänzende Anfrage zu befassen.

Freitag Abreise nach Lugano.

Am Freitag wird sich die deutsche Delegation
zur Ratstagung des Völkerbundes nach
Lugano begeben. Dr. Stresemann wird auch
diesmal von Staatssekretär Dr. v. Schubert
und vom dem Ministerialdirektor Dr. Gaus be-
gleitet sein.

Der deutsche Volkshafter abermals bei Briand.

Paris, 3. Dez. Der deutsche Volkshafter
von Hoch stellte heute Außenminister Briand
einen Besuch ab, um auch mit ihm, wie bereits
an Samstag mit dem Ministerpräsidenten
Poincaré, die Besprechungen über die noch un-
geklärten Punkte in der Frage der Einlegung
des Sachverständigenkomitees fortzusetzen.

Arbeitsaufnahme im Industrie-Gebiet.

Schiedspruch erst nächste Woche?

Der Reichsminister des Innern, Seve-
ring, der am Montag zwecks Information
über die Wirkungsklage im Ruhrgebiet nach
Düsseldorf gereist ist, wird voraussichtlich am
Mittwoch nach Berlin zurückkehren. Der neue
Schiedspruch dürfte jedoch, wie von unter-
richteter Seite verlautet, frühestens erst im
Laufe der nächsten Woche gefüllt werden.

Die Unturbelung in Nordwest.

Essen, 3. Dez. Die Belegschaft der Krupp-
schen Werke ist von der Verwaltung aufgefor-
dert worden, sich morgen zum Beginn der
zweijährigen Schicht in den Betrieben einzufin-
den. Die Wiederannahme erfolgt dort nach
Abnahme der technischen Betriebsberei-
tchaft. Mit der Inbetriebung der Kesselanlagen
ist bereits heute früh begonnen worden. Die
Bereitstellung der nötigen Mengen Dampf und
Strom erfordert etwa 16 Stunden. Die meh-
reren Werksstellen können voraussichtlich mor-
gen früh bereits den vollen Betrieb aufneh-
men. Damit kommt etwa drei Viertel der
Belegschaft der Essener Werke wieder in Ar-
beit. Schwieriger gestaltet sich die Betriebs-
aufnahme in den Feuerbetrieben. Das Grob-
heizen der Martinöfen dauert je nach Größe
mehrere Tage. Es ist jedoch zu hoffen, daß
bis Ende dieser Woche die Gesamtbelegschaft
der Hüttenfabrik wieder in ihrer alten Tätig-
keit ist. Die Firma hat sich bereit erklärt,
ihren Belegschaften den Übergang durch
Ergänzung von Verordnungen sowie durch Ein-
stundung der fälligen Mietbeträge und der son-
stigen regelmäßigen Abzüge zu erleichtern.

Tuisburg, 3. Dez. Im Duisburger Be-
zirk arbeiten in der Schmelzindustrie seit heute
vormittag wieder alle Hüttenanlagen der
Rheinischen Stahlwerke. Vorläufig wurde
allerdings erst ein Teil der Belegschaft ein-
gestellt. Nach Erledigung der Vorarbeiten in
den weiteren Teile der Belegschaften in den
nächsten Tagen wieder eingestellt werden. Die
Wärme-Hütte in Hohenhausen der Firma Krupp
begannt bereits kurz nach Bekanntwerden des
Beschlusses des Arbeitgeberverbandes über die
Definition der Betriebe am Sonntag abend
wieder mit der Arbeit. Die Maschinenfabriken
werden erst am Dienstag ihre Tätigkeit wieder
aufnehmen.
Essen, 3. Dez. Die Arbeit wurde nun-
mehr auch in Mülheim (Ruhr) wieder auf-

genommen. Die Friedrich-Wilhelm-Stätte stellte
in den Maschinen-Abteilungen die Arbeiter lo-
fort wieder ein, in den Schmelzen und Koferei-
Betrieben kann sich die Einstellung erst in den
nächsten Tagen allmählich vollziehen. Dasselbe
gilt für die Firma Thyssen, Abteilung
Stahlwerk-Betriebe. Bei der Duisburger Ma-
schinenfabrik begann heute früh die Arbeit mit
dem größten Teil der Belegschaft. Der Rest
wird Mittwoch eingestellt. Bei der Siemens-
Schneider-Werke ist die Arbeit seit Montag
vormittag wieder im Gange.

In Gelsenkirchen-Buer kann nach
Mitteilung der Werke am Dienstag bereits
wieder der größte Teil der Belegschaft zur Ar-
beitsstelle zurückkehren. Die Vereinigten Stahl-
werke in Gelsenkirchen werden am Dienstag
wieder voll arbeiten mit Ausnahme einiger
Walzenstrahlen. Ungefähr daselbe Bild er-
gibt sich für die Mannesmann-Werke und die
Gute Hoffnung-Hütte. Mit Gelsen-
kirchen-Buer. Die Verwaltungen der Hohen-
hausen erklären, daß sie allerdings nicht mehr
in der Lage sind, ihr gelantes früheres Per-
sonal wieder einzustellen, weil die Beschäfti-
gung in den letzten Wochen erheblich nachge-
lassen hat. Es wird jedoch ausdrücklich er-
klärt, daß diese Maßnahme nicht mit der Aus-
sperung in Zusammenhang steht, daß viel-
mehr Stilllegungs-Anträge schon geplant wa-
ren, ehe der Konflikt in der Nordwestlichen
Gruppe begann. Die Werke der weiterver-
arbeitenden Industrie, die Hüttenwerke Ger-
mann Grunde und die Firma Ruppertsbush
u. Söhne nahmen den ganzen Betrieb mit
geringen Ausnahmen Dienstag früh wieder
auf.

Im Bochumer Bezirk vollzog sich die
teilweise Wiederaufnahme der Arbeit heute
früh gut. Das Stahlwerk des Bochumer Ver-
eins hofft man Anfang nächster Woche in
Betrieb zu nehmen, während das Walzwerk in
Süntrop voraussichtlich schon Dienstag oder
Freitag wird voll arbeiten können.

130 Pflichtarbeiter mit einer Lohnfrage abgewiesen.

Mülheim, 4. Dez. (Radiobienst des
„S. T.“) 130 ausgeperrte Pflichtarbeiter hat-
ten gegen die Stadt Wülheim (Ruhr) Klage
erhoben, ihnen den tariflichen Lohn für die
Staats- und Gemeindearbeiter zu zahlen, so-
wie die 48 stündige Arbeitszeit einzuhalten.
Für entgangenen Verdienst von 32 Wochen,